

Voice, Exit oder CSU? Wahlverhalten und Einstellungen zur EU in zwei Regionen Bayerns

Abold, Roland; Juhász, Zoltán

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Abold, R., & Juhász, Z. (2006). *Voice, Exit oder CSU? Wahlverhalten und Einstellungen zur EU in zwei Regionen Bayerns*. (BACES Discussion Paper, 12). Bamberg: Bamberger Centrum für Empirische Studien (BACES). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-114134>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Roland Abold und Zoltán Juhász

Voice, Exit oder CSU?

Wahlverhalten und Einstellungen zur EU in zwei Regionen Bayerns

BACES Discussion Paper, No. 12 (2006)

BACES Discussion Papers

Bamberg Center for European Studies (BACES)

Otto-Friedrich Universität Bamberg

Feldkirchenstraße 21

96045 Bamberg

Phone ++49 951 863-2592

Fax ++49 951 35996

Email secretary@baces.uni-bamberg.de
www.baces.uni-bamberg.de

Editor:

Hans Rattinger (BACES Director)

ISSN: 1614-2594

© 2006 by the Author(s)

Voice, Exit oder CSU?

Wahlverhalten und Einstellungen zur EU in zwei Regionen Bayerns

von Roland Abold und Zoltán Juhász

Bei der Europawahl 2004 erreichte die Debatte über sinkende Wahlbeteiligung und ein in der Bevölkerung verbreitetes Desinteresse an politischen Themen einen neuen Höhepunkt. Als erste Abstimmung nach der EU-Osterweiterung im Mai 2004 galt die Wahl auch als Stimmungstest für den Erfolg der Europäischen Integration in der Einschätzung der nunmehr über 450 Millionen EU-Bürger (Roth/Cornelius 2004). Das Ergebnis fiel für die Befürworter einer fortschreitenden europäischen Einigung dabei eher ernüchternd aus. In einigen Ländern der EU erzielten europaskeptische, populistische und radikale Parteien wie beispielsweise die ODS in Tschechien, die nationale Familienliga in Polen oder die UKIP in Großbritannien beachtliche Wahlerfolge. In Deutschland wiederum legten europafeindliche und extreme Gruppierungen wie Republikaner oder NPD zwar nur geringfügig zu, doch dafür sank die schon 1999 schwache Wahlbeteiligung um nochmals gut zwei Prozentpunkte auf ein neues historisches Tief von nunmehr 43 Prozent. Beunruhigend ist hierbei die Situation in Ostdeutschland, wo vielerorts nur noch eine kleine Minderheit der Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machte. Als Extrembeispiel ist hier das Bundesland Brandenburg mit 27 Prozent Wahlbeteiligung zu nennen.

Die Mehrheit der Deutschen hat bei der Europawahl 2004 also die so genannte „exit“-Option gewählt, die eine Enthaltung bei Wahlen beschreibt. Neben allgemeinem Desinteresse und dem Gefühl relativer Bedeutungslosigkeit der Wahl zum Europäischen Parlament dürfte für den hohen Anteil von Nichtwählern vor allem Kritik an den politischen Bedingungen auf europäischer, aber auch auf nationaler Ebene eine Rolle gespielt haben. Unzufriedene Wähler haben neben der „exit-“ auch die „voice“-Option, bei der die Stimme in diesem Fall einer europa- oder systemkritischen bis –feindlichen Partei am rechten oder linken Rand des politischen Spektrums gegeben wird. Diese Option wurde in Deutschland allerdings nur von einer kleinen Minderheit gewählt. Freilich signalisiert sowohl die „exit-“ als auch die „voice“-Option einen Entzug an Zustimmung für die etablierten Parteien, denn Nicht-

wahl und Protestwahl sind „zwei Seiten einer Medaille“ (Falter und Schumann 1993).

Die besonderen Charakteristika einer Wahl zum Europäischen Parlament müssen bei deren Bewertung allerdings beachtet werden. Europawahlen gelten als „second order elections“, die sich von nationalen Hauptwahlen durch mehrere Gesichtspunkte unterscheiden (Reif/Schmitt 1980). Zunächst werden Nebenwahlen als weniger wichtig erachtet, da vermeintlich weniger auf dem Spiel steht („less-at-stake“). Entsprechend liegt die Beteiligung an diesen Wahlen in allen Ländern der Europäischen Union meist deutlich niedriger als bei Wahlen auf nationaler Ebene. In Deutschland betrug die Wahlbeteiligung bei der letzten EU-Wahl 2004 nur 43 Prozent - gegenüber 79 Prozent bei der Bundestagswahl 2002. Zudem schneiden große, etablierte Parteien und vor allem die Regierungsparteien bei Europawahlen in der Regel schlechter, kleinere (Protest-)parteien dafür besser ab als bei den Wahlen auf nationaler Ebene (Reif/Schmitt 1980: 5ff.). So kam die SPD bei der Europawahl 2004 bundesweit nur auf gut 21 Prozent und verlor damit etwa 17 Prozentpunkte gegenüber ihrem Bundestagswahlergebnis aus dem Jahr 2002. Schließlich muss der meist vorhandene „Motivtransfer“ bei Nebenwahlen beachtet werden, der besagt, dass die Stimmabgabe bei Europawahlen häufig von Überlegungen zu national wichtigen Themen beeinflusst wird (Reif/Schmidt 1980: 8f.). In diesem Zusammenhang kann beispielsweise das Ergebnis der Union gedeutet werden, die am Wahltag aufgrund der für sie positiven Stimmung in Deutschland - trotz ihres Status als große etablierte Partei - insgesamt 44 Prozent der Stimmen erhielt und sich damit im Vergleich zur letzten Bundestagswahl um 6 Prozent steigern konnte.

Um die Bedeutung der verschiedenen Protestoptionen der Wähler bei Europawahlen zu analysieren, werden im vorliegenden Beitrag im Rahmen einer Regionalstudie europapolitische Einstellungen von Wählern und Nichtwählern miteinander verglichen. Angesichts der Ergebnisse der Nichtwählerforschung ist zu erwarten, dass vor allem mangelndes Interesse und Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen zur Wahlenthaltung führen (Niedermayer 1990; Schmitt/Van den Eijk 2003).

Gemäß dem „second-order“-Kriterium kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Einstellungen bei beiden Gruppen nur unwesentlich unterscheiden. Dies geht konform mit Befunden, wonach die meisten Wähler europäischer Politik vor allem Desinteresse, weniger aber Skepsis oder Ablehnung entgegenbringen (Schönbach 1995). Allerdings ist zu vermuten, dass das Ausmaß an Desinteresse regional unterschiedlich ausgeprägt ist. Insbesondere im Grenzgebiet zu den neuen Mitgliedstaaten könnte die erfolgte EU-Osterweiterung aufgrund der unmittelbarer Betroffenheit stärker als potentielle Bedrohung angesehen werden. Daher ist zu erwarten, dass hier europaskeptische Einstellungen eine bedeutendere Rolle bei der Entscheidung zur Wahlbeteiligung und der Wahlentscheidung spielen. Des Weiteren scheint wahrscheinlich, dass in Regionen, die an die neuen EU-Mitgliedstaaten in Osteuropa grenzen, Einstellungen gegenüber der EU für die Wahlentscheidung bedeutsamer sind als in anderen Regionen.

Um diese Annahmen zu überprüfen, werden nach einer kurzen Erläuterung der verwendeten Daten und Methoden die Befragten, aufgeschlüsselt nach ihrer regionalen Herkunft, in Bezug auf europapolitische Einstellungen verglichen. Hierbei werden neben grundsätzlichen Orientierungen wie der Demokratiezufriedenheit und dem politischen Interesse vor allem allgemeine und spezifische Einstellungen gegenüber der europäischen politischen Ebene untersucht.¹ Abschließend soll die relative Erklärungskraft aller betrachteten Determinanten auf das Wahlverhalten in einem Gesamtmodell geschätzt werden.

Daten und Methodik

Als Datenbasis steht eine Telefonstudie zur Europawahl 2004 zur Verfügung, die die Survey Research Unit des Bamberger Centrums für Europäische Studien (SRU-BACES) gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Politikwissenschaft II der Universität Bamberg durchgeführt hat. Zwischen dem 18. und 25. Juni 2004 wurden dabei 504 volljährige Personen aus der Region Oberfranken zu europapolitischen Themen befragt. Um zu überprüfen, wie sich die Einstellungen zur Europäischen Union und der Osterweiterung mit der Entfernung des Wohnortes der Befragten zur bayerisch-tschechischen Grenze verändern, wurden zwei regionale repräsentative Stichpro-

¹ Aus einschlägigen Untersuchungen ist hierbei bekannt, dass Einstellungen hierarchisch organisiert sind. Allgemeine Einstellungen gegenüber der Europäischen Integration beeinflussen demnach spezifischere Einstellungen zur Tätigkeit der EU in einzelnen Politikfeldern (vgl. hierzu: Rattinger 1996).

ben gezogen. Die erste Stichprobe umfasst 232 Befragte aus den Landkreisen Hof und Wunsiedel im Grenzgebiet zu Tschechien; die zweite Stichprobe besteht aus 272 Befragten aus der Stadt und dem Landkreis Bamberg, also dem westlich gelegenen Teil des Regierungsbezirks Oberfranken.

Obwohl die Daten insgesamt keine Repräsentativität für den gesamten Regierungsbezirk Oberfranken beanspruchen können, erlauben sie doch eine Untersuchung der politischen Einstellungen in von der EU-Osterweiterung unterschiedlich stark betroffenen Regionen. Als Vorbereitung auf die Analysen wurden die Einstellungsvariablen auf einen Wertebereich von 0 (=europaskeptisch) bis 1 (=europafreundlich) recodiert. Die Gewichtung der Fälle erfolgt in allen Analysen über ein Sozialstrukturgewicht.

Die Feststellung der Unterschiede zwischen den Regionen Bamberg und Hof/Wunsiedel (Differenz 1) sowie zwischen Wählern und Nichtwählern (Differenz 2) wird im ersten Teil der Analyse über die Berechnung von Mittelwerten erreicht, die mittels T-Tests auf signifikante Abweichungen geprüft werden. Im zweiten Abschnitt wird die relative Bedeutung der untersuchten Determinanten auf die Beteiligung an der Europawahl untersucht. Zu diesem Zweck wird für jede Region ein Pfadmodell geschätzt und die Einflussfaktoren hinsichtlich ihrer Regressionsgewichte verglichen.

Europawahl 2004 in Oberfranken

In Oberfranken war die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2004, wie auch im Rest der Bundesrepublik, niedrig (Tabelle 1). Gemäß dem amtlichen Endergebnis für den Regierungsbezirk haben sich nur etwa 40 Prozent der Wahlberechtigten in Oberfranken an der Europawahl beteiligt, was im Vergleich zur Wahl 1999 einen weiteren Rückgang um gut zwei Prozentpunkte bedeutet.

Durch die Stichprobe wird die Wahlbeteiligung - wie in den meisten umfragebasierten Untersuchungen - mit 60 Prozent deutlich überschätzt. Für das hier gemessene overreporting von etwa 20 Prozentpunkten sind, wie bei anderen Umfragen, vor allem zwei Gründe maßgeblich. Zum einen kommt es zu einer Überschätzung der Wahlteilnahme bereits durch systematische Stichprobenfehler, die in erster Linie mit dem größeren politischen Interesse der befragungswilligen Personen zu-

sammenhängen. Zum anderen wird die Pflicht zur Wahlteilnahme von vielen Bürgern als eine soziale Norm begriffen und führt aufgrund der wahrgenommenen sozialen Erwünschtheit häufig zu Falschaussagen (Eilfort 1994: 89ff.).

Die CSU ist bei der Europawahl 2004 in Oberfranken die mit Abstand stärkste Partei; sie erhielt gut 58 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Zweitstärkste Partei wurde mit knapp 20 Prozent die SPD, gefolgt von Bündnis 90/Die Grünen, die ihr Ergebnis in Oberfranken - im Gegensatz zu den beiden großen Parteien - im Vergleich zur Europawahl von 1999 auf acht Prozent deutlich verbessern konnten. Die restlichen 14 Prozent der Stimmen entfielen auf sonstige Parteien, zu denen auch die FDP mit knapp vier Prozent gehört. Die Wahlbeteiligung der Befragten aus der Stadt und dem Landkreis Bamberg ist geringfügig höher als die der Teilnehmer aus der Region Hof und Wunsiedel (ohne Tabelle). Die Abweichung spiegelt die tatsächlichen Verhältnisse wieder, denn in Bamberg lag die Wahlbeteiligung gemäß den amtlichen Daten um etwa vier Prozentpunkte über der in Hof/Wunsiedel.

Tabelle 1: Amtliches Endergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2004 für Oberfranken und Anteile in der Stichprobe (Angaben in Prozent)

	Wahl zum Europäischen Parlament 2004		Differenz = (Stichprobe - amtliches Endergebnis)
	Amtliches Endergebnis	Stichprobe	
Wahlbeteiligung	40,1	60,0	+19,9
Stimmenanteile			
CSU	58,4	55,4	-3,0
SPD	19,4	17,7	-1,7
Grüne	8,2	13,7	+5,5
Andere	14,1	13,2	-0,9

Im Gegensatz zur Wahlbeteiligung werden die Stimmenanteile der Parteien durch die Umfragedaten recht genau getroffen. Etwas größere Abweichungen ergeben sich nur bei der CSU (-3,0%) und den Grünen (+5,5%), während sich die ermittelten Stimmenanteile der SPD (-1,7%) bzw. der anderen Parteien (-0,9) nur geringfügig vom amtlichen Endergebnis unterscheiden.²

Tabelle 2: Wahlbeteiligung und Gründe für Wahlenthaltung

(Angaben in Prozent)

	Gesamt	Bam- berg	Hof/Wunsiedel
Wahlbeteiligung	60	62	58
Gründe für Wahlenthaltung*			
Persönliche Gründe	27	33	21
Protest/Politikverdrossenheit	21	18	24
Kein Interesse/Nicht informiert	21	21	21
Einflusslosigkeit/Sinnlosigkeit	12	12	12
Europaskepsis	9	6	12
Technische Gründe	4	4	5
Vergessen	4	5	3
Sonstiges	2	0	3

Offene Frage: „Was war der wichtigste Grund, dass Sie sich an der Europawahl nicht beteiligt haben?“

² Insgesamt geben lediglich elf Personen in der Stichprobe an, FDP gewählt zu haben. Aufgrund dieser sehr geringen Fallzahl soll auf getrennte Aussagen für FDP-Wähler verzichtet und diese den „anderen Parteien“ zugerechnet werden. Weitere Aussagen über die Zusammensetzung dieser Gruppe lassen sich mangels entsprechender Angaben der Befragten nicht machen.

Erste Hinweise auf Gründe für die niedrige Wahlbeteiligung liefern die Antworten auf die offene Frage nach den Ursachen für die Wahlenthaltung (Tabelle 2). Von über einem Viertel der bezeichnenden Nichtwähler wurden persönliche Gründe wie Krankheit, Urlaub und Zeitmangel für die Wahlenthaltung genannt. Weitere Faktoren sind mit je etwas über 20 Prozent an Nennungen mangelnde Information über und das Desinteresse an der Europawahl sowie Protest und Politikverdrossenheit. Zwölf Prozent der Nichtwähler sind davon überzeugt, dass sie keinen politischen Einfluss haben und eine Beteiligung an der Wahl daher sinnlos sei. Eine ausgesprochene Europaskepsis findet sich bei etwa neun Prozent der Befragten. Weitere angegebene Ursachen für die Wahlenthaltung sind neben Vergessen auch unterschiedliche technische Gründe wie beispielsweise verlorene Wahlbenachrichtigungen oder fehlende Briefwahlunterlagen.

Hinsichtlich der beiden untersuchten Regionen Oberfrankens ergeben sich bei den Gründen für die Nichtwahl einige bemerkenswerte Unterschiede. So ist zum einen der Anteil der Nichtwähler, die aus Protest und Politikverdrossenheit der Wahl ferngeblieben sind, in der Grenzregion Hof/Wunsiedel um sechs Prozentpunkte höher als in Bamberg. Gleiches gilt für die europaskeptischen Nichtwähler, die in Hof/Wunsiedel mit knapp 12 Prozent doppelt so stark vertreten sind wie in der Region Bamberg. Dafür werden in Bamberg persönliche Gründe mit knapp 33 Prozent verhältnismäßig oft als Motiv für die Nichtbeteiligung an der Europawahl genannt, während in Hof/Wunsiedel diese nur bei 21 Prozent der Nichtwähler ausschlaggebend waren. In beiden Regionen sind gleiche Anteile von Nichtwählern uninteressiert bzw. uninformatiert sowie der Ansicht, dass es ohnehin sinnlos sei, sich an einer EU-Wahl zu beteiligen.

Diese Befunde weisen bereits auf signifikante Unterschiede hinsichtlich des Wahlverhaltens zwischen beiden betrachteten Regionen hin. Im Grenzgebiet zu Tschechien scheint Europaskepsis und Politikverdrossenheit ein wichtigerer Grund für die Nichtwahl zu sein als im weiter von der Grenze entfernten Bamberg. Um einen genaueren Blick für die Stimmung in beiden Regionen zu erhalten, wird im Folgenden die Gesamtstichprobe in Bezug auf zentrale Merkmale und Einstellungen untersucht.

Interesse und Demokratiezufriedenheit

Zwei Merkmale, die sowohl im Rahmen der Erklärungsfaktoren für die sinkende Wahlbeteiligung als auch in der Debatte über eine steigende Politikverdrossenheit immer wieder auftauchen, sind politisches Interesse und Demokratiezufriedenheit (Falter/Schumann 1993: 36). Beide werden als bedeutend für die Integration des Bürgers in das politische System angesehen; ihr Fehlen dient gewissermaßen als Alarmsignal für systembedrohende Tendenzen. Da sich die vorliegende Studie auf den Bereich der Europäischen Politik konzentriert, werden das Interesse an Themen der Europapolitik sowie die Zufriedenheit mit der Demokratie in Europa betrachtet.

Das Interesse der Befragten an Themen der Europäischen Politik ist beachtlich (Tabelle 3); erwartungsgemäß zeigen sich dabei signifikante Unterschiede zwischen Wählern und Nichtwählern. Während die Nichtwähler aus beiden Untersuchungsregionen gleich uninteressiert sind, zeigen die Wähler aus Bamberg ein etwas größeres Interesse an Europäischer Politik. Auch diejenigen Befragten, die einer der im bayerischen Landtag vertretenen Parteien ihre Stimme gegeben haben, haben im Durchschnitt ein wesentlich höheres Interesse an europapolitischen Themen als Wähler der anderen Parteien. Unterschiede zwischen den beiden Regionen Oberfrankens scheint es vor allem bei den SPD-Wählern sowie den Wählern der „anderen Parteien“ zu geben, wobei sich die Wähler dieser Parteien aus Hof/Wunsiedel durch ein jeweils geringeres Interesse auszeichnen als diejenigen aus dem Bamberger Raum. Angesichts dieser Befunde wird von an europapolitischen Themen nicht interessierten Wählern sowohl die „voice“ als auch die „exit“-Option wahrgenommen.

Mit der Demokratie in Europa zeigen sich die Befragten in Oberfranken insgesamt eher unzufrieden (Tabelle 4). Die Wähler sind nur geringfügig zufriedener als die Nichtwähler, was zunächst gegen die Exit-Option bei Unzufriedenheit spricht. Allerdings trifft dies nicht für beide Regionen gleichermaßen zu, denn im Bamberger Raum sind Wähler deutlich zufriedener mit der Demokratie in Europa als Nichtwähler. In Hof und Wunsiedel unterscheiden sich Wähler und Nichtwähler diesbezüglich kaum, was dort eher für die Voice- denn für die Exit-Option spricht.

Tabelle 3: Interesse an EU-Politik (Mittelwerte)

	Gesamt	Bamberg	Hof/ Wunsiedel	Differenz I
Gesamt	,55	,57	,54	+,03
Nicht- wähler	,45	,45	,46	-,01
Wähler	,62	,65	,59	+,06
Differenz II	-,17c	-,20c	-,13c	
Wähler				
CSU	,62	,60	,63	-,03
SPD	,67	,74	,59	+,15
Grüne	,71	,72	,69	+,03
Andere	,49	,57	,39	+,18

*, „Sind Sie allgemein an Themen der Europäischen Politik sehr interessiert (1), ziemlich interessiert, wenig interessiert, gar nicht interessiert (0)?“
Signifikanzniveaus: a < 0.05; b < 0.01; c < 0.001

Festzuhalten bleibt, dass im Grenzgebiet zu den neuen EU-Mitgliedsstaaten die Unzufriedenheit mit der Demokratie in Europa signifikant stärker ausgeprägt ist als in der Region Bamberg. In der Region Bamberg sind vor allem die Wähler der im Landtag vertretenen Parteien vergleichsweise positiv gegenüber der Demokratie in Europa eingestellt. Nichtwähler und vor allem Wähler kleinerer Parteien (inklusive der FDP) weisen dagegen eine größere Unzufriedenheit auf. Ein anderes Bild zeigt die Region Hof/Wunsiedel; hier zieht sich die Skepsis durch alle Befragtengruppen. Nichtwähler, CSU-Wähler und SPD-Wähler legen dabei fast identische Einstellungen an den Tag, während die Wähler der Grünen etwas positiver, die Wähler der kleineren Parteien deutlich negativer eingestellt sind.

Unzufriedenheit mit der Demokratie in Europa scheint in dieser Region demnach kein Erklärungsfaktor für Wahlenthaltung zu sein. Wenn überhaupt, so profitieren die kleineren Parteien im Sinne der „voice“-Option von der verbreiteten Skepsis gegenüber der Funktionsfähigkeit der Demokratie. Allerdings verbieten hier die geringe Fallzahl und die fehlenden Angaben über die genaue Zusammensetzung dieser Wählergruppe eine eindeutigere Interpretation.

Tabelle 4: Zufriedenheit mit der Demokratie in der Europäischen Union (Mittelwerte)

	Gesamt	Bamberg	Hof/ Wunsiedel	Differenz I
Gesamt	,40	,44	,36	+,08c
Nicht- wähler	,38	,40	,37	+,03
Wähler	,41	,47	,35	+,08c
Differenz II	-,03	-,07a	+,02	
Wähler				
CSU	,43	,51	,37	+,14
SPD	,46	,55	,36	+,19
Grüne	,48	,54	,41	+,13
Andere	,30	,32	,25	+,07

*„Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert, alles in allem gesehen sehr zufrieden (1), ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden, überhaupt nicht zufrieden (0)?“ Signifikanzniveaus: a < 0.05; b < 0.01; c < 0.001

Insgesamt weisen die Ergebnisse auf eine verbreitete Unzufriedenheit mit der Demokratie hin, die jedoch vor allem in der Grenzregion bei Wählern aller Parteien und auch bei Nichtwählern vorhanden ist. Lediglich in der Region Bamberg sind die Nichtwähler noch unzufriedener als diejenigen Befragten, die sich an einer Wahl beteiligen. Es scheint allerdings denkbar (wenn auch anhand der vorliegenden Daten nicht nachweisbar), dass kleinere Parteien, und damit auch Protestparteien und extreme Gruppierungen, von dieser Skepsis profitieren.

Unzufriedenheit mit der Demokratie geht bei Wählern im Übrigen nicht einher mit einem verbreiteten Desinteresse an der europäischen Politik. Nichtwähler weisen dafür ein deutlich geringeres Interesse auf, genauso Wähler „anderer Parteien“ in Hof/Wunsiedel. Daher steht die verbreitete Annahme, wonach mangelndes Interesse zu Wahlenthaltung führt, im Einklang mit dem vorliegenden Datenmaterial.

Einstellungen zur Europäischen Integration

In Oberfranken herrscht im zeitlichen Umfeld der Europawahl 2004 eine moderat positive Einstellung gegenüber dem aktuellen Stand der europäischen Integration (Tabelle 5). Mehrheitlich lehnen die Befragten die Aussage ab, dass die europäische Einigung schon zu weit gegangen sei. Dabei bestehen zwischen den beiden Regionen erneut deutliche Unterschiede. Während die Befragten aus Hof/Wunsiedel diesem Aspekt im Mittel indifferent gegenüberstehen, glaubt die Mehrheit der Befragten aus Bamberg nicht, dass die Integration schon zu weit gegangen sei. Auch die Unterschiede zwischen Wählern und Nichtwählern sind bezüglich der Einstellung zum Umfang der EU-Integration in beiden Regionen etwa gleich stark und jeweils signifikant ausgeprägt. Wähler glauben wesentlich seltener, dass die europäische Integration zu weit gegangen sei als Nichtwähler, was auf den ersten Blick als weiterer Beleg für die Bedeutung der „exit“-Option für negativ eingestellte Bürger angesehen werden kann.

Als am positivsten eingestellte Teilgruppe erweisen sich die Wähler der Grünen, wobei keine Unterschiede zwischen Bamberg und Hof/Wunsiedel bestehen. Danach folgen die SPD-Wähler, die in der Grenzregion die EU-Integration etwas positiver sehen als in Bamberg. Bei den Wählern der anderen Parteien treten die größten Unterschiede zwischen beiden Regionen zutage. Während diese Wähler im

nördlichen Oberfranken mit einem Mittelwert von 0,42 eine negative Einstellung gegenüber der Europäischen Integration an den Tag legen, gehören sie im anderen Teil Oberfrankens zu den moderaten Befürwortern.

**Tabelle 5: Einstellung zur Geschwindigkeit der europäischen Einigung
(Mittelwerte)**

	Gesamt	Bamberg	Hof/ Wunsiedel	Differenz I
Gesamt	,56	,61	,50	+,11^b
Nicht- wähler	,48	,53	,42	+,11 ^a
Wähler	,63	,66	,58	+,08 ^a
Differenz II	-,15 ^a	,13 ^b	-,16 ^b	
Wähler				
CSU	,56	,57	,55	+,02
SPD	,70	,67	,74	-,07
Grüne	,84	,85	,83	+,02
Andere	,55	,53	,42	+,11

Operationalisierung: „Die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen. Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (0).“ Signifikanzniveaus:
* a < 0.05; ** b < 0.01; *** c < 0.001

Am bedeutendsten für die Analyse der Einstellungen sind die Gruppen der CSU-Wähler und der Nichtwähler, da sie zusammen zwei Drittel der Stichprobe darstellen. Dabei fällt auf, dass sich die Zustimmung zur Europäischen Einigung in Bamberg zwischen Wählern der Regierungspartei CSU und Nichtwählern nur geringfügig unterscheidet; in Hof/Wunsiedel sind die Nichtwähler dagegen deutlich

negativer eingestellt. Dieses Ergebnis entspricht damit offenbar genau den oben geäußerten Erwartungen, wonach sich die direkte Betroffenheit der Bürger in der Grenzregion in deren Wahlentscheidung niederschlägt. Zusammen mit den Wählern anderer Parteien setzen sich die Nichtwähler in ihren Einstellungen eindeutig vom Rest der Bevölkerung ab. In der Region Bamberg mit nur geringen Unterschieden scheinen jedoch andere Faktoren vorhanden zu sein, die Nichtwähler von Wählern abheben.

Tabelle 6: Einstellung zur EU-Mitgliedschaft Deutschlands (Mittelwerte)

	Gesamt	Bamberg	Hof/ Wunsiedel	Differenz I
Gesamt	,80	,83	,77	+,06
Nicht- wähler	,75	,78	,72	+,06
Wähler	,83	,86	,80	+,06
Differenz II	-,08 ^b	-,08	-,06	
Wähler				
CSU	,81	,82	,80	+,02
SPD	,88	,97	,79	+,18
Grüne	1,0	1,0	1,0	+/-0
Andere	,82	,83	,81	+,02

Operationalisierung: „Ist Ihrer Meinung nach die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union eine gute Sache (1), teils gut/teils schlecht (0), oder eine schlechte Sache (-1)?“ Signifikanzniveaus: * a < 0.05; ** b < 0.01; *** c < 0.001

Die Einstellungen gegenüber der deutschen EU-Mitgliedschaft (Tabelle 6) folgen, wenngleich auf einem höheren Niveau, einem vergleichbaren Muster. Auch hier sind die Bewohner der Region Bamberg die deutlicheren EU-Befürworter als ihre östlichen Nachbarn, und Wähler sind ebenfalls positiver eingestellt als Nichtwähler. All diese Unterschiede erweisen sich allerdings als nicht signifikant.

Die große Mehrheit der Wähler der Regierungsparteien in Berlin hält die europäische Einigung für eine gute Sache, wobei sich die SPD-Wähler in Hof/Wunsiedel allerdings kaum von den CSU-Wählern unterscheiden. Somit ist die Zustimmung bei den SPD-Wählern vor allem in der Region Bamberg stark ausgeprägt. Wähler anderer Parteien haben in beiden Teilen des Regierungsbezirks ähnliche Einstellungen zur deutschen EU-Mitgliedschaft wie die CSU-Wähler. Sie treten somit nicht als Protestwähler im Sinne der „voice“-Option in Erscheinung. Im Vergleich zwischen Nichtwählern und Wählern zeigen sich die erwarteten Unterschiede. Nichtwähler in Hof/Wunsiedel halten die Europäische Einigung seltener für eine gute Sache und unterscheiden sich dabei deutlich von den Wählern.

Zusammenfassend ergibt sich für die Einstellungen zur Europäischen Integration ein Bild, das den eingangs getroffenen Annahmen entspricht. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Tatsache, dass negative Einstellungen vor allem bei Nichtwählern in der Grenzregion auftreten, während sich diese Gruppe in der Region Bamberg nur geringfügig von den Wählern unterscheidet. In Bezug auf die Parteipräferenz der Befragten muss allerdings festgestellt werden, dass CSU-Wähler sich deutlich von denjenigen Interviewten unterscheiden, die ihre Stimme einer der beiden Berliner Regierungsparteien gegeben haben. Es ist demnach durchaus denkbar, dass die CSU in Bayern auch als ein Sammelbecken für von der europäischen Politik enttäuschte Wähler fungiert und für europaskeptische Wähler in Bayern somit eine weitere Option zur Verfügung steht.

Einstellungen zur EU-Osterweiterung

Entgegen den Erwartungen zeigen sich bei den Einstellungen gegenüber den potentiellen Auswirkungen der EU-Osterweiterung keine signifikanten Unterschiede zwischen beiden Regionen. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Befragten in Oberfranken der zukünftigen Entwicklung skeptisch gegenüberste-

hen. Hinsichtlich der konkreten Erwartung einer wirtschaftlichen Belebung durch die EU-Erweiterung zeigen sich die Befragten aus dem östlichen Oberfranken dabei tendenziell negativer eingestellt als diejenigen aus der Region Bamberg (Tabelle 7). Dies gilt sowohl für die Befragten insgesamt als auch für sämtliche Teilgruppen, allerdings weisen einmal mehr die Wähler signifikante regionale Einstellungsunterschiede auf. Bemerkenswert ist dabei, dass sich lediglich in Bamberg Wähler und Nichtwähler in dieser Frage deutlich unterscheiden, während in der Grenzregion beide Gruppen nahezu identische Einstellungen aufweisen.

Tabelle 7: Wirtschaftliche Belebung durch Osterweiterung (Mittelwerte)

	Gesamt	Bamberg	Hof/ Wunsiedel	Differenz I
Gesamt	,40	,45	,35	+,10
Nicht- wähler	,36	,38	,34	+,04
Wähler	,42	,49	,35	+,14 ^c
Differenz II	-,07 ^b	-,11 ^a	-,01	
Wähler				
CSU	,37	,44	,35	+,09
SPD	,54	,61	,46	+,15
Grüne	,60	,62	,58	+,04
Andere	,34	,40	,25	+,15

Operationalisierung: „Osterweiterung führt zur wirtschaftlichen Belebung in der Region. Stimme überhaupt nicht zu (0) bis Stimme voll und ganz zu (1).“
Signifikanzniveaus: a < 0.05; b < 0.01; c < 0.00

Als ähnlich europaskeptisch zeigen sich in beiden Regionen wiederum Nicht- und CSU-Wähler. Einzig die SPD- und Grünen-Wähler rechnen eher mit einer wirtschaftlichen Belebung durch die EU-Osterweiterung, während die Wähler anderer Parteien skeptisch bis neutral eingestellt sind. Einmal mehr zeigen sich bei den SPD-Wählern auffallend große Einstellungsunterschiede in beiden Regionen.

Tabelle 8: Gefährdung von Arbeitsplätzen durch Osterweiterung (Mittelwerte)

	Gesamt	Bamberg	Hof/ Wunsiedel	Differenz I
Gesamt	,37	,39	,35	+,04
Nicht- wähler	,34	,32	,35	-,03
Wähler	,40	,44	,35	+,09a
Differenz II	-,13a	-,12b	±,00	
Wähler				
CSU	,37	,42	,32	+,10
SPD	,52	,57	,47	+,10
Grüne	,58	,59	,56	+,03
Andere	,26	,27	,26	+,01

Operationalisierung: „Die Osterweiterung gefährdet die Sicherheit der Arbeitsplätze. Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (0). Signifikanzniveaus: a < 0.05; b < 0.01; c < 0.001

Als weitere Frage zu den Auswirkungen der Osterweiterung wird im Folgenden die mögliche Gefährdung von Arbeitsplätzen durch die EU-Osterweiterung betrachtet (Tabelle 8). Hier herrschen in beiden untersuchten Teilen Oberfrankens große Befürchtungen, die in der östlichen Region noch geringfügig stärker ausgeprägt

sind. Erneut sind die regionalen Einstellungsunterschiede vor allem auf die Gruppe der Wähler zurückzuführen.

Einmal mehr zeigt sich in dieser Frage, dass sich lediglich in der Region Bamberg Nichtwähler und Wähler in ihrer Einschätzung der Auswirkungen der Osterweiterung signifikant unterscheiden. Hinsichtlich der Wähler der beiden großen Volksparteien zeigt sich ein deutliches Einstellungsgefälle zwischen Bamberg und Hof/Wunsiedel. In Bamberg erwarten neben den Wählern anderer Parteien vor allem Nichtwähler eine Gefährdung von Arbeitsplätzen, wohingegen im nördlichen Teil Oberfrankens neben den Wählern sonstiger Parteien vor allem CSU-Wähler diese Sorge angeben. Das ist ein weiteres Indiz, dafür, dass die CSU auch europaskeptische Wähler bindet.

Die Befürchtungen hinsichtlich eines Anstiegs der Kriminalität im Zuge der EU-Osterweiterung sind in beiden Regionen gleich stark ausgeprägt (Tabelle 9). Lediglich die Wähler der Grünen stellen hier eine Ausnahme dar und stimmen seltener der Aussage zu, dass die Osterweiterung zu einem Anstieg der Kriminalität führt. Die Befürchtung eines Anstiegs der Kriminalität im Zuge der Osterweiterung dürfte weder in der Grenzregion noch im Raum Bamberg ein wichtiger Enthaltungsgrund bei der Europawahl gewesen zu sein. In Hof/Wunsiedel ergeben sich keine Unterschiede zwischen Befragten, die sich an der Wahl beteiligt und solchen, die sich enthalten haben. In Bamberg sind diese Unterschiede vorhanden, sie sind jedoch nicht signifikant. Besonders auffallend ist allerdings die Tatsache, dass Nichtwähler aus Hof/Wunsiedel im Vergleich zu Nichtwählern in der Region Bamberg im Mittel etwas positiver eingestellt sind. Wie bereits mehrfach gezeigt, unterscheiden sich auch hier CSU-Wähler in beiden Regionen kaum von denjenigen Bürgern, die sich der Wahl enthalten haben. Als extrem negativ eingestellt erweisen sich dagegen die Anhänger sonstiger Parteien in Hof/Wunsiedel.

Tabelle 9: Kriminalität durch Osterweiterung (Mittelwerte)

	Gesamt	Bamberg	Hof/ Wunsiedel	Differenz I
Gesamt	,37	,38	,37	+,01
Nicht- wähler	,34	,31	,37	-,06
Wähler	,39	,42	,37	+,05
Differenz II	-,07	-,11	±,00	
Wähler				
CSU	,34	,33	,34	-,01
SPD	,43	,50	,35	+,15
Grüne	,68	,71	,64	+,07
Andere	,29	,34	,21	+,13

Operationalisierung: „Osterweiterung führt zu einem Anstieg der Kriminalität in der Region. Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und ganz zu (0). Signifikanzniveaus: a < 0.05; b < 0.01; c < 0.001

Die Einstellungen zu den Auswirkungen der EU- Osterweiterung weisen ein anderes Muster auf als die zur allgemeinen Zustimmung zur EU. Besonders in der Region Hof/Wunsiedel ähneln sich Nichtwähler und Wähler der Mehrheitspartei CSU hinsichtlich ihrer negativen Einschätzung. Offenbar bindet die CSU hier viele skeptische Wähler an sich, so dass Sorgen über die Folgen der EU-Osterweiterung nicht zwangsläufig mit Nichtwahl („exit“) oder klassischen Protestwahl („voice“) einhergehen, sondern auch mit der Wahl der CSU vereinbar sind. Im Raum Bamberg finden sich hinsichtlich der Osterweiterung vor allem bei den Nichtwählern große Befürchtungen, während Wähler - und damit auch CSU-Wähler - die Entwicklung etwas positiver beurteilen.

Einflussfaktoren auf die individuelle Wahlbeteiligung

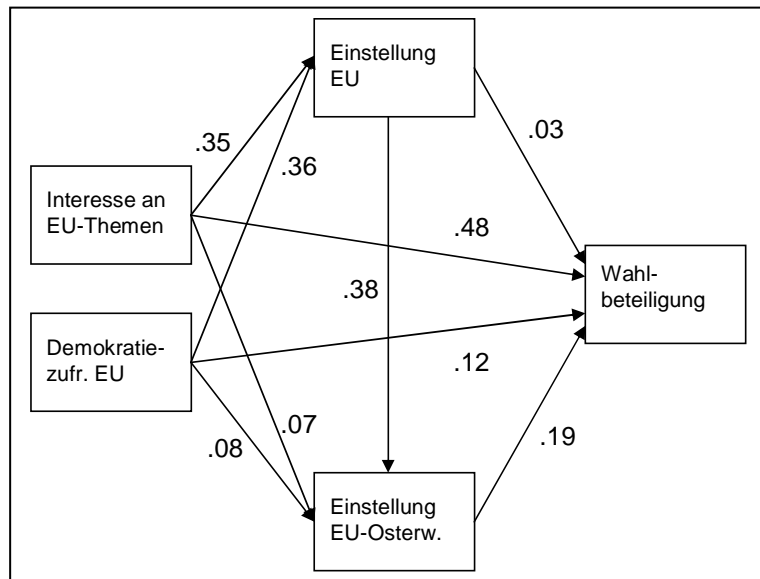
Auf Basis der erarbeiteten Ergebnisse soll eine genauere Analyse der Bedeutung der betrachteten Einstellungen, des Interesses und der Demokratiezufriedenheit für Nicht- und Protestwahl bei der Europawahl durchgeführt werden. Mangels entsprechender Daten bezüglich der Wahl extremer und systemfeindlicher Parteien kann diese jedoch nur für den Bereich der Nichtwahl durchgeführt werden. Dabei wird im Folgenden zwischen zwei Gruppen von Einstellungen unterschieden – der gegenüber der Europäischen Integration und der gegenüber der Osterweiterung. Aus den Variablen dieser Einstellungsgruppen wurden zwei additive Indizes gebildet, die in die Analyse eingehen.

Die hier betrachteten Einflussfaktoren der individuellen Wahlbeteiligung sind auf unterschiedlichen theoretischen Ebenen angesiedelt. Während das politische Interesse und die Demokratiezufriedenheit allgemeine politische Haltungen sind, handelt es sich bei den Einstellungen gegenüber der EU und der EU-Osterweiterung um spezifische Bewertungen eines politischen Objekts bzw. einer politischen Sachfrage. Daher ist eine Analyse, die alle Faktoren auf einer einzigen Ebene einbezieht nicht geeignet. Aus diesem Grund wurde für beide Regionen ein Pfadmodell, mit dem direkte und indirekte Effekte der betrachteten Faktoren auf die individuelle Wahlbeteiligung dargestellt werden können.

Der Gesamterklärungsbeitrag des Modells liegt für beide Regionen mit rund zwölf Prozent ähnlich hoch. Dies macht deutlich, dass neben den einbezogenen Faktoren selbstverständlich noch andere Faktoren vorhanden sind, die auf die individuelle Wahlbeteiligung einwirken. Die „Goodness of Fit“ Indikatoren weisen jedoch auf eine gute Übereinstimmung der empirischen mit der modelltheoretischen Korrelationsmatrix hin ($\chi^2/df=4,2$; NFI=0,998; TLI=0,972).

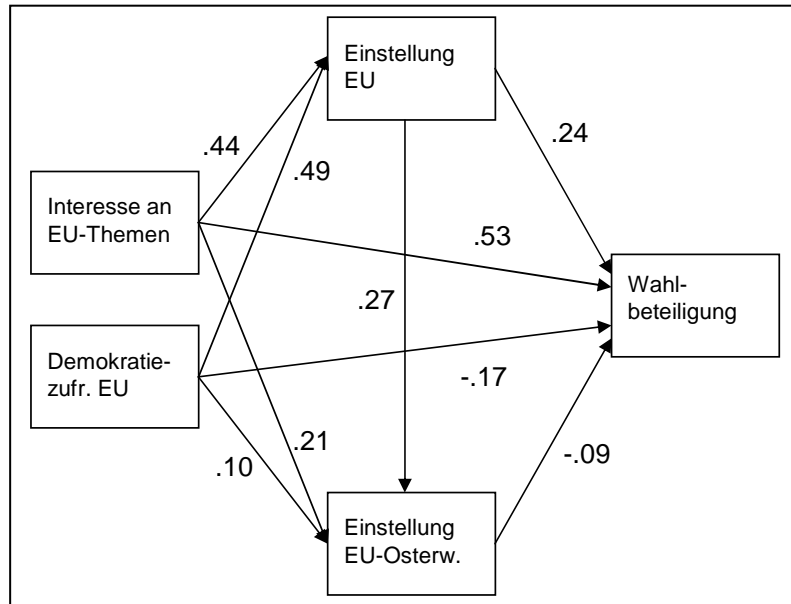
Den größten Effekt weist in beiden Regionen das Interesse an europapolitischen Themen auf. Dies erscheint auch plausibel, da das politische Interesse in der empirischen Wahlforschung den Status einer zentralen Determinante der kognitiven und damit auch der politischen Mobilisierung einnimmt (Falter/Schumann 1994: 182). Für beide Regionen Oberfrankens lässt sich somit ein starker positiver Zusammenhang zwischen Interesse und Partizipation feststellen.

**Abbildung 1: Pfadanalyse der individuellen Wahlbeteiligung für Bamberg
(Nichtstandardisierte Regressionsgewichte)**



Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Europa weist in beiden Regionen einen moderaten Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung auf, der deutlich hinter dem des Politischen Interesses zurückbleibt. Dabei ist auffallend, dass dieser Zusammenhang in Bamberg positiv und in Hof/Wunsiedel negativ ausfällt. Somit scheinen nur die systemkritischen Wähler in der Region Bamberg von einer „exit“-Option Gebrauch zu machen. In Hof/Wunsiedel gilt eher das Gegenteil: Je kritischer die Wähler der Demokratie in der EU gegenüberstehen, desto eher beteiligen sie sich an der Wahl. Dieser Befund deutet auf eine gesteigerte Anzahl von Protestwählern in der Grenzregion hin.

Abbildung 2: Pfadanalyse der individuellen Wahlbeteiligung für Hof/Wunsiedel (Nichtstandardisierte Regressionsgewichte)



Neben den beschriebenen direkten Effekten auf die Wahlbeteiligung haben Interesse und Demokratiezufriedenheit jedoch auch indirekte Effekte. Diese verlaufen analog zu den geäußerten Erwartungen über die allgemeinen Einstellungen zur Europäischen Integration. In der Region Bamberg und noch stärker im Raum Hof/Wunsiedel hängen damit allgemeine Einstellungen von den grundlegenden politischen Orientierungen eines Wählers ab. Dagegen weist der Pfad über die Bewertung der EU-Osterweiterung deutlich geringere Effekte auf. Vor allem in der Region Bamberg sind die Einschätzung der Folgen der EU-Osterweiterung von Interesse und Demokratiezufriedenheit abgekoppelt. In Hof/Wunsiedel liegt jedoch ein vergleichsweise starker Einfluss des politischen Interesses vor. Dies erscheint zunächst erstaunlich, da aufgrund der direkten Betroffenheit der Region, eigentlich alle Bewohner unabhängig von ihrem Interesse, ein dezidiertes Bild von den Auswirkungen der Osterweiterung haben sollten. Da allerdings im zeitlichen Umfeld der Europawahl 2004 in der Grenzregion, wie gezeigt, ein relativ negatives Meinungsklima gegenüber der Osterweiterung herrscht, erklärt sich dieser scheinbare Widerspruch. Nur wer aufgrund seines Interesses an EU-Themen die Erweiterung in ei-

nem größeren politischen und gesellschaftlichen Kontext betrachtet, kann in Grenzregionen mit verbreiteten Befürchtungen hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung, zu einer positiveren Bewertung kommen.

Als bestätigt kann die Annahme gelten, wonach allgemeine europapolitische Einstellungen spezifischere beeinflussen. Sowohl in Hof/Wunsiedel, als auch in Bamberg hängt die Bewertung der Osterweiterung stark von der allgemeinen Einstellung zur EU ab. Allerdings ist dieser Zusammenhang in Bamberg stärker ausgeprägt als in Hof/Wunsiedel, wo zusätzlich das politische Interesse für die Bewertung der Osterweiterung eine wichtige Rolle spielt.

Auf Basis dieser Befunde ergeben sich für die beiden Regionen zwei unterschiedliche indirekte Erklärungspfade der individuellen Wahlbeteiligung. Im Raum Bamberg kann von einer reinen „top-down“ Beziehung ausgegangen werden. Dies bedeutet, dass sich hohes Interesse und große Demokratiezufriedenheit positiv auf die Bewertung der EU-Integration auswirken. Diese allgemeine Einstellung bestimmt wiederum in hohem Maße die Einschätzung der Folgen der Osterweiterung, welche ihrerseits die Beteiligung an der Europawahl beeinflusst.

Für die Grenzregion begünstigen dagegen allgemeine positive Einstellungen gegenüber der Europäischen Einigung direkt die Teilnahme an der Europawahl, während der indirekte Pfad über die Bewertung der Osterweiterung nahezu keinen Effekt hat. Damit bestätigt das Pfadmodell die Ergebnisse der bivariaten Analysen. Die Annahme, wonach persönliche Betroffenheit über die Nähe zu den neuen EU-Mitgliedstaaten zu einer größeren Bedeutung dieser Themen in Bezug auf die Wahlbeteiligung führt, erweist sich demnach als falsch. Dies verdeutlicht auch die Tatsache, dass diese Einstellungen nur in der grenzfernen Region Bamberg mit der Wahlbeteiligung zusammenhängen. Angesichts der verbreiteten Befürchtungen in der Region Hof/Wunsiedel hinsichtlich der Folgen der Erweiterung deutet dies auf eine grundsätzliche Ablehnung der Osterweiterung über alle Bevölkerungsschichten hin. Während die allgemeine Bewertung der Integration, sowie Interesse und Demokratiezufriedenheit durchaus mobilisierende Wirkung auf die Bewohner der Grenzregion aufweisen, fehlt dem Thema Osterweiterung trotz aktueller Brisanz und regionaler Bedeutung dieses Potenzial völlig.

Schlussfolgerungen

Das Verhalten der oberfränkischen Wähler bei der Europawahl 2004 kann über ihre Orientierungen hinsichtlich der EU-Ebene nur unzureichend erklärt werden. Insbesondere Wahlenthaltung und Protestwahl entziehen sich der Erklärung über bekannte Ansätze wie Politik- und Demokratieverdrossenheit. Offensichtlich handelt es sich bei der Europawahl tatsächlich um eine Wahl zweiter Ordnung, die stark von den Orientierungen der Wähler an der ersten Ebene, also der präsenteren Bundespolitik, abhängt.

Unzufriedene Wähler haben in den meisten Demokratien zwei mögliche Optionen, ihren Protest gegen das System oder dessen Akteure auszudrücken. Sie können sich der Stimme enthalten oder sie einer systemkritischen Partei geben. In Oberfranken kommt in Bezug auf die europäische Politik anscheinend noch ein dritter Weg hinzu, nämlich die Wahl der Mehrheitspartei CSU, deren Wähler sich vor allem in Bezug auf die Osterweiterung kaum von Nichtwählern unterscheiden. Obwohl CSU-Wähler generell relativ stark an Europa interessiert sind und auch die EU als solche neutral bis wohlwollend beurteilen, sehen sie der zukünftigen Entwicklung relativ skeptisch entgegen. Auch in ihrer starken Unzufriedenheit mit der Demokratie in Europa stehen sie Nichtwählern in nichts nach. Aufgrund dieser Ähnlichkeiten zwischen Wählern der Mehrheitspartei und solchen Befragten, die sich der Stimme enthalten haben, mag es nicht verwundern, dass die Einstellungen gegenüber der EU und ihrer Osterweiterung sowie die Zufriedenheit mit der Demokratie nur in geringem Umfang zur Erklärung der Wahlenthaltung beitragen können. Einzig und allein das Interesse an Themen der europäischen Politik erweist sich als guter Prädiktor der Stimmenthaltung.

Dieser Befund erscheint umso bedeutsamer, als mit der untersuchten Grenzregion Hof/Wunsiedel Wähler in die Analyse eingehen, die die gewaltigen Veränderungen, die mit der EU-Osterweiterung einhergehen, quasi „vor der eigenen Haustür“ finden. Trotzdem die Befürchtung von negativen Entwicklungen der Grenzöffnung in dieser strukturschwachen Region stark verbreitet ist, findet sie nur in geringem Umfang Niederschlag im Wahlverhalten. Wenn überhaupt, scheint dies noch eher im Bamberger Raum der Fall zu sein – einer Region, die viel weiter von der tschechischen Grenze entfernt liegt. Bei den allgemeinen Einstellungen gegenüber

der Europäischen Integration ist genau das Gegenteil zu beobachten. Sie haben lediglich in der Grenzregion einen gewissen Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung, obwohl hier stärker mit einer Bedeutung von spezifischen Einstellungen in Bezug auf die Osterweiterung zu rechnen wäre.

Welche Implikationen lassen sich aus diesen Ergebnissen ableiten? Zum einen natürlich, dass vor allem über die Steigerung des Interesses der Bürger an Themen der Europäischen Politik in Zukunft ein Anstieg der Wahlbeteiligung erreicht werden kann. Zum anderen jedoch auch, dass die geringe Beteiligung an Europawahlen nicht allein auf die Unpopularität Brüsseler Institutionen und politischen Entscheidungen zurückgeführt werden darf, wie dies von Bundes- und Landespolitikern oft versucht wird. Der Ursprung mangelnder Partizipation ist vielmehr ebenso in anderen Bereichen zu suchen. Nationale Politik ist dabei ein möglicher Faktor, den es in weiteren Studien zu diesem Thema zu untersuchen gilt. Die dritte Implikation betrifft die bayerische CSU. Offenbar ist es ihr gelungen, sich für die Wähler in Oberfranken sowohl als Opposition gegenüber der Berliner Regierung als auch gegenüber den europäischen politischen Akteuren erfolgreich zu positionieren und damit enttäuschte Bürger für sich zu gewinnen. Ob diese Strategie auch in Zukunft erfolgreich sein wird – insbesondere unter den seit September 2005 veränderten bundespolitischen Rahmenbedingungen - wird sich zeigen.

Literatur:

- Eilfort, Michael 1994. Die Nichtwähler – Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn.
- Falter, Jürgen W.; Siegfried Schumann (1993): Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille. (mit J. Falter) S. 36-49, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B11/93 12.März 1993.
- Falter, Jürgen W. & Siegfried Schumann 1994. Der Nichtwähler, das unbekannte Wesen, in: Max Kaase/Hans Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990, Opladen, S. 161-213.
- Niedermayer, Oscar (1990): Turnout in the European Elections, in: Electoral Studies 9, S. 45-50.
- Rattinger (1996): Einstellungen zur Europäischen Integration in der Bundesrepublik: Ein Kausalmodell, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen Nr. 1; S. 45-77.
- Reif, Karlheinz & Hermann Schmitt 1980. Nine Second-Order National Elections – a Conceptual Framework for the Analyses of European Election Results, in: European Journal of Political Research, Vol. 8, S. 3-44.
- Roth, Dieter; Bernhard Kornelius: Europa und die Deutschen: Die untypische Wahl am 13. Juni 2004, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B17/2004, S. 46-54.
- Schmitt, Herrmann; Cees van den Eijk (2003): Die politische Bedeutung niedriger Beteiligungsraten bei Europawahlen. Eine empirische Studie über Motive der Nichtwahl, in: Brettschneider, Frank; Jan van Deth; Edeltraut Roller: Europäische Integration in der öffentlichen Meinung, Opladen, S. 279-302.
- Schönbach, Klaus (1995): Der Beitrag der Medien zu Europa. Rezeption und Wirkung, in: Erbring, Lutz (Hg.): Kommunikationsraum Europa. Konstanz. S. 27-38.